



Das Entscheidende in der Parteiarbeit

Überlegungen zu einigen Problemen
des 6. Plenums des ZK / Von Rudolf Wettengel

Sie heulen wieder einmal; denn sie sind getroffen worden — die Herren „Alleinvertreter“ und „Europa-Entwerfer“, von Strauß bis zum Reklamechef Brandt, Getroffen worden von der Wahrnehmung des Rechts eines souveränen Staates, unseres sozialistischen Staates, darüber zu bestimmen, welche Ordnung an seinen Grenzen herrscht. Diese Ordnung aber ist so beschaffen, daß sie den Frieden schützt, die Kontinuität der sozialistischen Entwicklung, Demokratie und Menschenwürde in unserem Lande gewährleistet. Die Ordnung an unserer westlichen Staatsgrenze ist unser zuverlässiger Schutz vor dem räuberischen, aggressiven, militaristischen, imperialistischen Bonner Staat, an dessen Charakter auch die Beihilfe sozialdemokratischer Minister absolut nichts zu ändern vermag. Weshalb zu Recht in der Erklärung des Staatsrates der DDR vom 21. Juni festgestellt wird, daß „ein Vergleich mit Regelungen anderer Staaten ... nicht möglich (ist), da die Deutsche Demokratische Republik sich gegen den zweiten deutschen Staat, der als einziger europäischer Staat Revancheforderungen stellt..., sichern muß.“

Erster
Verfassungs-
auftrag: Schutz
des Friedens

So einfach ist das. Und absolut kein Geheimnis. Besteht doch unser erster und wichtigster Verfassungsauftrag gerade darin, „der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen“ (Präambel der sozialistischen Verfassung der DDR); und dem entspricht Artikel 6, Absatz 5, der Verfassung: „Militaristische und revanchistische Propaganda in jeder Form, Kriegshetze und Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß werden als Verbrechen geahndet.“ — So setzen wir Verfassungsauftrag in Verfassungswirklichkeit um — zielbewußt, systematisch und exakt, der vollen Zustimmung des Volkes der DDR, der antifaschistischen demokratischen Kräfte Westdeutschlands sowie der sozialistischen Bruder-völker sicher.

Das ohnmächtige Wutgeheul der Globalstrategen, der „neuen Ostpolitiker“, der Liberalisierungsfanatiker ist — angesichts der Maßnahmen der Volkskammer — begreiflich. Ist ihnen doch ein weiteres Mal die Grenze ihrer Macht